

Die Zeitung von unten!

Zeitung

Wand

Kölner

28

November 1985

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50 Pf. zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Verlag: Kölner Stadtforum e.V.

Herausgeber: SSK e.V. Liebigstr. 25, 5 Köln 30
Verantwortlich: K. Kaecke, K. Breidenbach
Druck: Betrieb Merkenicher Str. 99, 5 Köln 60

Wir fordern:

Faire Verhandlungen

Am 31.10.1985 fand die dritte offizielle Verhandlungsrunde zwischen Vertretern der Stadtverwaltung und der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und Vertretern der SHS/SHS um das Haus Zwirnerstr. 12 statt. Was das Haus Zwirnerstr. 12 betrifft und dessen Übernahme und Modernisierung durch SSK und SHS, war in allen Punkten Einigkeit erzielt. Der SSK/SHS hätten das Haus in Erbpacht übernommen, Denkmalschutzauflagen erfüllt und über eine Modernisierungsförderung war bereits mit dem Land abgestimmt. In kürzester Zeit hätten bedürftige Wohnungssuchende wegen der Selbsthilfe zu einer Miete von 290 DM/qm einziehen können.

Die städtischen Verhandlungsführer Kurtenbach, Cronenberg und Niederhauser von der LEG ließen die Verhandlungen an einem Punkt platzen, der mit diesem Projekt nichts zu tun hat: Weil wir nicht bereit waren, die Opfer der Räumung der Zugasse 43/45 dazu zu nötigen, die Anzeigen wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung zurückzunehmen.

Wie aber sieht die „städtische Fairness“ in Wirklichkeit aus?

1.

In einem Express-Artikel vom 28.10.85 heißt es, daß „das Haus Zwirnerstr. 12 übrigens für die Bewohner des übrigen Viertels modernisiert werden soll. Die Anträge auf Landeszuschüsse sind eingereicht.“

Am 21.10 haben wir am Verhandlungstisch gesessen, ohne daß ein Wort über diese Anträge geäußert wurde. Dieselben Herren also, die mit uns um das Haus verhandelten, hatten bereits hinter den Kulissen Modernisierungsmittel beantragt um offensichtlich das Haus selber zu nutzen. Dafür spricht auch, daß die „Planwerkstatt“ offenbar den Auftrag hat, die Modernisierung des Hauses zu planen und durchzuführen.

2.

Wir haben lange überlegt, was eigentlich die Stadt dazu verleitet hat die Vorbedingungen zu stellen, daß die Strafanträge wegen der Räumung der Häuser in der Zugasse zurückgenommen werden sollen. Dieses Ansinnen bedeutet ja nichts anderes, als das auch die juristisch ausgebildeten Mitarbeiter der Stadt genau wie wir davon ausgehen, daß sich die für diese Art der Räumung zuständigen Herren strafbar gemacht haben.

Die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens ist ja bereits durch das Verwaltungsgericht eindeutig festgestellt.

Also verlangen Behördenvertreter allen Ernstes und in geradezu schamloser Offenheit von uns, daß wir Straftaten von Stadtbeamten unter den Tep-

pich kehren sollen und die staatsanwaltlichen Ermittlungen zum Erliegen bringen.

Gleichzeitig müssten wir die einzelnen Opfer dieser Brutalräumung so sehr unter Druck setzen und erpressen, bis sie auch ihre Strafanträge (z.B. wegen Körperverletzung) zurücknehmen. Den Herren, die sich das ausgedacht haben, war sicher klar, daß wir auf diese Weise unsere Glaubwürdigkeit unsere Ehre unser Gesicht verlieren. Wir haben das Gefühl, daß genau dies der wahre Zweck dieser „Verhandlungsbedingung“ ist.

3.

Über den Sinn der zweiten Bedingung, daß wir das Haus sozusagen pro forma vorübergehend verlassen sollen, sind wir uns immer noch nicht ganz im Klaren. Wohlwollend betrachtet handelt es sich um ein recht kindische Ausführung: Es wird ein gewisser Unterwerfungsakt verlangt, eine kleine Demütigung um der Demütigung willen. Also dient das nur einer gewis-

sen Befriedigung irgendwelcher gequälter Beamtenseelen. Wenns nur darum ginge, könnten wir das Spiel ja aufführen, lächerlich wäre es in jedem Fall. Bei weniger wohlwollender Betrachtung allerdings kommt uns natürlich sofort das Beispiel Berliner Str. 74 vor Augen. (Nachdem das Haus geräumt wurde, brach die Stadt ihrerseits die Zusicherungen, zu verhandeln.) Dieses Beispiel ist aber ein Grund dafür auf keinen Fall das Haus freiwillig zu verlassen.

Wir wollen weiter um das Haus verhandeln, es weiter aufbauen und renovieren. Den Menschen zuliebe, die wirklich in Not sind, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind und auch auf die Hilfe einer Hausgemeinschaft.

SSK/SHS
Salierring 34
Tel. 213175

Sanierung Mülheim:

Viele Köche verderben den Brei

Wenn man den Treuhandvertrag mit der GruBo liest, der Ende Oktober 85 dem Rat zur Abstimmung vorliegt, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß der GruBo zukünftig die gesamte Mülheimer Sanierung übertragen werden soll:

Da heißt es in § 1 Abs 2:

„Insbesondere soll der Sanierungstreuhänder die Aufgaben Modernisierung von aufgekauften Grundstücken, Grundstücks- und Wohnungsverwaltung, Mieterbetreuung, Umsetzen von Mieterparteien, Ordnungsmaßnahmen, Erschließungsmaßnahmen, Wohnumfeldmaßnahmen, Breatung und Betreuung Dritter bei Erledigung privater Sanierungsmaßnahmen (Modernisierung und Neubau) Schließen von Baulücken, Wohnungsneubau wahrnehmen.“

So hat es auch ganz folgerichtig die Kölner Presse verstanden und berichtet: Das bedeutet logischerweise, die städtische Projektgruppe Mülheim, die sich gerade eingearbeitet hat und die ersten greifbaren Ergebnisse vorlegt, wird aufgelöst

und die GruBo fängt wieder ganz von vorne an.

So sieht es auch GruBo Chef Erich Henke, der den Mülheimer Sanierungsbeirat besucht und dort seine Vorstellungen erläuterte. Er berichtete, daß seine Mannschaft sich gerade mit der Feinanalyse beschäftigt, welche bereits 1981 von der Stadt als unbrauchbar verworfen und durch eigene Planungen und Untersuchungen ersetzt worden war. Das einzige, was er schon ganz sicher weiß, ist, mit welchen Architektenbüros und Privatfirmen er das dicke Sanierungsgeschäft abwickeln wird.

Als einige Leute aus dem Beirat ihre Zweifel anmeldeten, ob das eigentlich als Qualifikation für die Sanierung ausreiche und ob man nicht besser die erfahrene und eingespielte Projektgruppe bitte weitermachen lassen sollte, ergriffen Pankoke und Schwarzkopf das Wort und lieferten eine völlig andere Darstellung:

Die Projektgruppe soll nach ihrer Auskunft erhalten und personell sogar

noch verstärkt werden. Sie soll auch neben der GruBo ihr eigenes Büro im Viertel behalten und den Bürgern weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Einmal redeten sie davon, daß die GruBo nur den städtischen Grundbesitz im Rahmen der „Auffangstrategie“ verwalten soll, dann wiederum soll sie doch in sämtlichen Sanierungsbereichen tätig sein (Beratung, Planung, Neubau etc.) Wer nun eigentlich was machen soll und warum dies nicht im Vertrag geregelt ist, mochten sie dem Beirat nicht sagen;

Nur eines stellten sie klar: Klaus Pankoke, der schon bei der Stadterneuerung soviel Tatkraft gezeigt hat, daß man sie ihm entziehen mußte und der beim BÖCKING-Skandal durch seine ungewöhnlichen Fähigkeiten bei der Weitergabe von Informationen auffiel, ist auch hier wieder berufen, das Chaos von Projektgruppe, städt. Ämtern, GruBo-Konzern und dessen privaten Anhängseln in seiner Person zu vereinigen und einem neuen Höhepunkt zuzuführen.

Sicherlich, diese Arbeitsweise wird viel Geld verschlingen, sie wird viel Zeit kosten und für Mülheim werden nur schwer wiedergutzumachende Schäden entstehen. Aber dafür haben wir die Gewissheit, daß beim Neubaugeschäft die GruBo beim Neubaugeschäft böse eingebrochen ist mit ihren Posten und Pöstchen, geschäftlichen und Geschäftchen den Parteien und deren Mitgliedern zur privaten Daseinsvorsorge weiterhin zur Verfügung stehen wird und daß dabei auch für Klaus Pankoke endlich der Sessel gefunden wird, den er wirklich ausfüllt.

Sicherlich, diese Arbeitsweise wird viel Geld verschlingen, sie wird viel Zeit kosten und für Mülheim werden nur schwer wiedergutzumachende Schäden entstehen. Aber dafür haben wir die Gewissheit, daß die GruBo beim Neubaugeschäft böse eingebrochen ist mit ihren Posten und Pöstchen, Geschäftlichen und Geschäftchen den Parteien und deren Mitgliedern zur privaten Daseinsvorsorge weiterhin zur Verfügung stehen wird und daß dabei auch für Klaus Pankoke endlich der Sessel gefunden wird, den er wirklich ausfüllt.

SSK-Mülheim, Tel. 625052
Düsseldorfer Straße
Rettet unser Veedel!

Mieter- und Rechts-Beratung
SSK-Salierring 39, Tel. 21 31 75, Mo ab 20 Uhr
SSK-Mülheim, Düsseldorfer Str. 74, Tel. 62 50 52
Do ab 20.30 Uhr
SSK-Ehrenfeld, im KALZ, Phillipstr. 23, Tel. 55 61 89
Di ab 20 Uhr

Beschwerdezentrum
SSK-Ehrenfeld, Liebigstr. 25, Tel. 55 61 89
täglich 9-22 Uhr, Sa und So 9-20 Uhr
Treffen Di 20.30 Uhr

Ambulanz im SSK
Salierring 39, Tel. 21 31 75
Mo, Di, Do, Fr ab 19 Uhr, Zahnarzt Mi ab 19 Uhr

VERSCHLEPPT

Uns vom SSK-Beschwerdezentrum in Köln sind die Zustände in den Psychiatrien bekannt. Ständig erfahren wir durch Besuche, daß Menschen in den geschlossenen Anstalten zwangsmedikamentiert und fixiert werden. Viele fristen ihr Dasein in den Irrenanstalten auf Jahre, oft vollgepumpt mit Giften, sogenannten Psychopharmaka - eine gefährliche Waffe, die die Anstalten ruhig macht, aber für die Insassen zu einem Gewaltsystem wird, dem sie hilflos ausgeliefert sind. Einem System, in dem die Ärzte darüber bestimmen, was normal ist und was nicht.

So werden die Anstalten zu einer Abschiebeeinrichtung, in denen das Elend, Not und Verzweiflung unserer Gesellschaft verschwindet. Oft für die Betroffenen lebenslänglich. Weil wir uns für das Recht eines Jeden auf ein menschenwürdiges Leben einsetzen, haben wir es

uns zum Ziel gemacht, für die Auflösung der Irrenanstalten zu kämpfen. Deshalb vertreten wir die Rechte der Patienten und klagen die Psychiatrie überall dort an, wo Menschen den Mißhandlungen des Systems, der Ärzte und des Pflegepersonals hilflos ausgeliefert sind.

In diesem Zusammenhang ist uns das PKH-Hadamar schon seit Jahren bekannt. 1982 fand Frau Hildegard Frank, eine mittlerweile 82-jährige Frau, bei uns Zuflucht. Sie war über 20 Jahre der Willkür der Ärzte ausgeliefert. Sie selbst hat am eigenen Leib die Entwicklung der Psychiatrie erfahren müssen. Wurde sie in früheren Jahren geschlagen, so wurde diese offene Gewalt später durch die grausamen Nebenwirkungen der Gifte ersetzt. In einem Fall hatte man sie so vollgepumpt, daß sie so benommen war, daß sie sich bei einem Sturz einen Oberarmbruch und einen Bänderriß zuzog.

Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen

Am 5.5.1985 ereignete sich im berüchtigten Bewahrungshaus des LKH-Düren folgender Vorfall:

Der Patient S. wollte gegen Mittag telefonieren. Dies wurde ihm seitens des Pflegers Klever untersagt. Als der Patient S. versuchte, dem Pfleger die Wichtigkeit des Gesprächs klar zu machen, kam es zu einer Auseinandersetzung, in dessen Verlauf der Pfleger Klever den Patienten S. ins Gesicht schlug. Daraufhin kam ein zweiter Pfleger hinzu und sie schleiften S. über den Gang, zerrten ihn in eine Isolierzelle, wo er mit Giften, sogenannten Psychopharmaka, abgespritzt und schließlich an Händen und Beinen gefesselt wurde.

Zeuge dieses Vorfalls war der Mitpatient Matthias H.

Noch Tage danach hatte S. unter den verheerenden Nachwirkungen der Spritze zu leiden. Da wir vom SSK-Beschwerdezentrum wissen, wie hilflos und wehrlos die im Bewahrungshaus Unterbrachten den Ärzten und Pflegern ausgeliefert sind, erstatteten wir Strafanzeige wegen Körperverletzung. Dabei erstatten wir Anzeige bei keinem Unbefleckten, denn der Staatsanwaltschaft Aachen sind seit Jahren die verheerenden und erniedrigenden Zustände im LKH-Düren, insbesondere im Haus 5 bekannt.

Mit einer Sonderkommission brachte sie 1981 die verheerendsten Zustände ans Tageslicht, nachdem es im Haus

Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, die Ermittlungen unverzüglich wieder aufzunehmen und sie im genügenden und objektiven Maße zu führen.

Dieser Text wurde als Flugblatt vor der Staatsanwaltschaft verteilt. Einige Tage später teilte diese dem SSK mit, daß sie die Ermittlungen wieder aufnehmen wird.

5 zu zwei zwielfichtigen Todesfällen gekommen war. Im Zuge der Ermittlungen war es zu einer Vielzahl weiterer Ermittlungsverfahren gegen Pfleger und Ärzte gekommen. Die Staatsanwaltschaft selbst erklärte in aller Öffentlichkeit, daß Pfleger und Ärzte bei den Verhören Absprachen bis hin zu Meineiden getroffen hatten.

Mit dem Wissen um diese kriminellen Vorgänge im Bewahrungshaus hätte die Staatsanwaltschaft Aachen mit ganz besonderer Sorgfalt die notwendigen Ermittlungen führen müssen, wenn sie als objektivste Behörde gelten will. Doch seitens der Staatsanwaltschaft wurde nicht einmal der Geschädigte noch der Zeuge des Vorfalls vernommen. Sie begnügte sich lediglich damit, den Stationsarzt und den Landschaftsverband Rheinland als Träger und gleichzeitiger Aufsichtsbehörde zur Stellungnahme aufzufordern. Dementsprechend fiel auch das Ergebnis der „Ermittlungen“ aus: Denn wie sollten die uns schon seit Jahren bekannten Gauner in Schlips und Kragen, die ihr Fingerspitzengefühl für das Vertuschen derartiger Vorfälle schon oft genug bewiesen haben, sich auch gegenseitig beschuldigen?

Die Staatsanwaltschaft stellte daraufhin, als Ergebnis ihrer objektiven Ermittlungen, das Verfahren ein.

Doch wir lassen es uns nicht gefallen, daß die Rechte der Kleinen in den Dreck getreten werden, während die feinen Herren auf ihnen ungeschoren herumtrampeln.

Nun ist uns eine erneute Schweinerei bekannt geworden:

Frau M., die im PKH-Hadamar seit über 10 Jahren als Beschäftigungstherapeutin gearbeitet hat, war der Klinikleitung schon lange ein Dorn im Auge, weil sie einen etwas anderen Umgang, als üblich, mit den Patienten zeigte. Immer wieder trat sie für die Rechte der Patienten ein und versuchte, Verbesserungen ihrer Zwangslage zu erreichen. Sei es, daß sie Patienten zu sich nach Hause nahm, sich für Vergünstigungen einsetzte oder sich über das unpersönliche „Abgefertigtwerden“ beschwerte. Am 4.10.1985 ereignete sich dann folgender Vorfall:

Frau M. hatte am 3.10.1985 der Klinikleitung ihre Kündigung mitgeteilt, weil sie sich dem von der Klinikleitung gegen sie betriebenen Terror nicht mehr aussetzen wollte. Am folgenden Tag war sie noch in der Beschäftigungstherapie, wie üblich, bis gegen 16.00 Uhr tätig. Nach Dienstschluß wurde sie, als sie zum Parkplatz ging, von 2 Polizeibeamten und einigen Pflegern vor ihrem Auto erwartet. Ohne viel Federlesen wurde sie nach einer Auseinandersetzung ins Polizeiauto gepackt und 60 km weiter ins psychiatrische Krankenhaus Herborn per Zwangseinweisung verschleppt. Dort erfuhr sie dann vom behandelnden Arzt, daß auf Betreiben der Klinik Hadamar durch lauter Lügen und Unwahrheiten eine Zwangseinweisung eingeleitet worden war. Grundlage war angeblich ein von Dr. Fengler erstattetes Gutachten, in dem sie für geisteskrank erklärt wurde. Doch eine Begutachtung hat zu keiner Zeit stattgefunden.

Bei der richterlichen Anhörung am folgenden Tag stellte der Richter fest, daß eine Zwangseinweisung jeglicher Grundlage entbehrte. Frau M. wurde wieder freigelassen.

Weil wir nicht hinnehmen wollen, daß die Klinik die ihr Unliebsamen einfach mit kurzem Prozeß für geisteskrank erklärt und weil, wenn man so mit Menschen umgeht, zu erwarten ist, daß die Patienten der gleichen Willkür ausgesetzt sind, wollen wir dafür eintreten, daß diese Zustände ans Tageslicht kommen.

Wehrt Euch

Deshalb rufen wir alle auf, die diese Willkür am eigenen Leibe erfahren haben oder die dies von anderen Patienten wissen, sich zur Wehr zu setzen. Wir vom SSK-Beschwerdezentrum werden alle diejenigen unterstützen.



Beschwerdezentrum Psychiatrie e.V.

Liebigstr. 25
5 Köln 30
Tel. 556205

Kartoffeln

aus eigenem biologisch-dynamischen Anbau

1KG 1,-DM
12,5KG 10DM
1 Ztr. 30DM

Sorten: Nicola + Anka zum Einkellern



SSK Mülheim
Düsseldorfer Straße 74
5000 Köln 80 (Mülheim)
62 50 52

POLIZEI

Nicht nur der SSK wird schikaniert

Durch unsere Flugblattaktion haben wir mittlerweile schon von weiteren, ähnlichen Vorgehensweisen der Porzer Polizei erfahren. Anfang August konnten Bürger in Zündorf z.B. folgendes Schauspiel mit ansehen:

In einem leerstehenden Haus in der Hauptstraße, das übrigens gerade aus zwielfichtigen Gründen abgerissen wird, hatten drei offensichtlich Obdachlose (heimlich!) einen trockenen Schlafplatz gesucht und gefunden. Gegen Abend fuhren dort zwei Mannschaftswagen vor und stürmten, ohne die „Bewohner“ vorher zum Verlassen aufzufordern, in das Haus. Bevor sie, wie Schwerverbrecher in Handschellen, endlich abgeführt wurden, durften sie noch mit anderen erniedrigenden Behandlungsmethoden Bekanntschaft machen: Sie mußten sich wie Schwerverbrecher auf die Straße, legen, weil es den Beamten so beliebte. Nach ca. 3 Stunden Wachenaufenthalt konnten sie wieder gehen - zurück auf die Straße - um sich dort vielleicht nächstens unter einer Rheinbrücke die nächsten Schikanken gefallen lassen zu müssen.

Pfui!

Nicht ganz so hart - aber immerhin - traute man sich gegenüber plakatierenden Parteimitgliedern der Grünen vorzugehen:

Die wurden von der Polizei vor der grossen Wendwahl „gestellt“, als sie auf die Plakate geflickter Parteien den Aufkleber „Raketenpartei“ klebten. Mit zwei Streifenwagen wurden die beiden Grünen, obwohl sie sich ausweisen konnten, auf die Wache gefahren. Dort bekam jeder, wie es sich für aufmüpfiges Volk anscheinend gehört, eine Einzelzelle verpaßt und wurde „verhört“. Nach 3 Stunden derartiger Schikanken wurden die Grünen wieder laufen gelassen. Die Beamten schafften es aber auch noch, durch ihre Hilfe den geschädigten (? ! ?) Parteien zur Anzeigeerstattung wegen Sachbeschädigung zu verhelten.

Es kam zu einem Verfahren, was ein weiser Richter jedoch später wegen Geringfügigkeit einstellte.

Unsere Flugblattaktion hatte übrigens auch noch andere Wirkung

Der Verhandlungstermin am 25.9. wurde von dem zuständigen Richter aufgehoben. Das Verfahren selbst wurde zur erneuten Ermittlung an die Staatsanwaltschaft zurückverwiesen, da der Sachverhalt anscheinend doch nicht mehr so klar war.

Wir haben vorbeugend gegen eine Einstellung protestiert und bestehen auf eine Verhandlung, in der die Beamten KITZE und BIEBER ruhig versuchen können, ihre Lügen weiterhin aufrecht zu erhalten. Zu dem neuen Termin werden wir wieder einladen.

ACHTUNG:

Solche Behandlungsmethoden braucht sich KEINER gefallen zu lassen, auch kleines Volk, arbeitslose Jugendliche, die auf der Straße ihre Zwangsfreiheit verbringen müssen, nicht, KEINER!

Wer Informationen über ähnliche Vorgehensweisen von Polizeibeamten hat, wende sich bitte an uns. So können wir solchen Polizeibeamten, die nicht Bullen genannt werden wollen, das Handwerk legen.

Porzer Selbsthilfe e.V.
Ensener Weg 64-68
Tel. 820/12880